



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
21. November 2014
Deutsch
Original: Englisch

Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 7318. Sitzung des Sicherheitsrats am 21. November 2014 gab die Präsidentin des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Frieden und Sicherheit in Afrika“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine ernste Besorgnis über das beispiellose Ausmaß des Ebola-Ausbruchs in Afrika, der eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, und über die Auswirkungen des Ebola-Virus auf Westafrika, insbesondere Liberia, Guinea und Sierra Leone. Der Sicherheitsrat spricht den Mitgliedstaaten der Region seinen Dank für ihren entscheidenden Beitrag und für die Verpflichtungen aus, die sie eingegangen sind, die Reaktion vor Ort auf den Ebola-Ausbruch auch weiterhin zu leiten sowie die umfassenderen politischen, sicherheitsbezogenen, sozioökonomischen und humanitären Auswirkungen des Ebola-Ausbruchs, namentlich in Bezug auf die Ernährungssicherheit, auf die Gemeinschaften zuzugehen, und verweist auf die Notwendigkeit, für die längerfristige Erholung in der Region zu planen, namentlich auch mit Unterstützung der Kommission für Friedenskonsolidierung. Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass es nach wie vor notwendig ist, robuste Maßnahmen im Hinblick auf die Nachverfolgung von Kontaktpersonen, die soziale Mobilisierung und das Engagement auf Gemeinwesenebene, insbesondere außerhalb der größeren Städte in den am stärksten betroffenen Ländern, zu ergreifen.

Der Sicherheitsrat betont, wie wichtig es ist, dass die Mission der Vereinten Nationen für Ebola-Nothilfe Maßnahmen (UNMEER) die Koordinierung mit den Regierungen Guineas, Liberias und Sierra Leones und mit allen nationalen, regionalen und internationalen Akteuren, einschließlich der bilateralen Partner und der multinationalen Organisationen, darunter die Mano-Fluss-Union, die Afrikanische Union, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Europäische Union, die Weltbankgruppe und das System der Vereinten Nationen, weiter stärkt, um Defizite bei der Reaktion rascher zu erkennen und sämtliche Ebola-Hilfsmaßnahmen, insbesondere auf lokaler Ebene, umfassender und effizienter einzusetzen. In dieser Hinsicht ersucht der Sicherheitsrat den Generalsekretär, die Bemühungen zur Ausweitung der Präsenz und der Tätigkeiten der UNMEER auf Distrikt- und Präfekturebene außerhalb der Hauptstädte zu beschleunigen.

Der Sicherheitsrat bekundet seine Besorgnis über die jüngsten Berichte über Ebola-Infektionen in Mali. Der Sicherheitsrat anerkennt die wichtigen Schritte, die von der Regierung Malis unternommen wurden, einschließlich der Ernennung eines Ebola-Koordinators, der eine alle staatlichen Ebenen einbeziehende Reaktion leiten soll. Der Sicherheitsrat erklärt, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten Vorsorgemaßnahmen treffen, um Ebola-Verdachtsfälle innerhalb ihres Landes wie auch über



Landesgrenzen hinweg festzustellen, zu verhüten, auf sie zu reagieren, zu isolieren und abzumildern und den Bereitschaftsstand aller Länder in der Region zu erhöhen. Der Sicherheitsrat verweist auf die Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005), die darauf abzielen, die Kapazitäten aller Länder zur Feststellung, Bewertung und Meldung von Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit und zur Reaktion auf sie zu verbessern.

Der Sicherheitsrat begrüßt die von der UNMEER unternommenen Anstrengungen, bei der operativen Arbeit des Systems der Vereinten Nationen eine allgemeine Führungsrolle zu übernehmen und Orientierung zu geben, entsprechend dem Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass die zuständigen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen, darunter die Friedenssicherungseinsätze und besonderen politischen Missionen in Westafrika, in enger Zusammenarbeit mit der UNMEER und im Rahmen ihrer bestehenden Mandate und Kapazitäten den Regierungen der am stärksten betroffenen Länder unverzüglich Hilfe leisten müssen.

Der Sicherheitsrat lobt die ungemein wichtigen, heldenhaften und selbstlosen Anstrengungen der Ersthelfer bei der Reaktion auf den Ebola-Ausbruch in Westafrika, namentlich des nationalen Gesundheitspersonals und der nationalen humanitären Helfer, der Pädagogen und der Mitglieder der Bestattungsteams sowie des internationalen Gesundheitspersonals und der internationalen humanitären Helfer, die von den Mitgliedstaaten verschiedener Regionen sowie von nichtstaatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen gestellt wurden. Der Sicherheitsrat spricht den Familien der Opfer des Ebola-Ausbruchs, darunter nationale und internationale Ersthelfer, seine Anteilnahme aus. Der Sicherheitsrat fordert alle Mitgliedstaaten, nichtstaatlichen, zwischenstaatlichen und regionalen Organisationen nachdrücklich auf, auch künftig auf den ungedeckten Bedarf an medizinischem Personal sowie auf die damit zusammenhängenden kritischen Defizitbereiche, wie etwa bei Fachkräften im Bereich Sanitärversorgung und Hygiene, zu reagieren.

Der Sicherheitsrat unterstreicht, wie entscheidend wichtig es ist, die grundlegenden Vorkehrungen zu treffen, einschließlich Kapazitäten für medizinische Evakuierung und Behandlungs- und Transportbestimmungen, um die sofortige, ungehinderte und nachhaltige Verlegung von Gesundheitspersonal und humanitären Helfern in die betroffenen Länder zu erleichtern. Der Sicherheitsrat begrüßt die von den Mitgliedstaaten und regionalen Organisationen angekündigten Schritte, Kapazitäten für medizinische Evakuierung für Gesundheitspersonal und humanitäre Helfer sowie andere Behandlungsmöglichkeiten vor Ort bereitzustellen.

Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von den beträchtlichen Anstrengungen, die die internationale Gemeinschaft zur Ausweitung ihrer abgestimmten Reaktion auf den Ebola-Ausbruch unternommen hat, und den wichtigen Fortschritten, die vor Ort infolge dieser Bemühungen erzielt werden konnten. Der Sicherheitsrat würdigt in dieser Hinsicht diejenigen Mitgliedstaaten, die zusammen mit anderen Akteuren vor Ort Ebola-Behandlungsstationen eröffnet und weitere dringend benötigte Unterstützung in den betroffenen Ländern bereitgestellt haben. Der Sicherheitsrat fordert alle Mitgliedstaaten, bilateralen Partner und multilateralen Organisationen nachdrücklich auf, die Bereitstellung von Ressourcen und finanzieller Unterstützung sowie von mobilen Labors, Feldkrankenhäusern für nicht mit Ebola zusammenhängende medizinische Versorgung, von speziellem und entsprechend ausgebildetem klinischem Personal und speziellen klinischen Diensten in den Ebola-Behandlungsstationen und Isolierstationen, von Therapien, Impfstoffen und Diagnostik, um Patienten zu behandeln und Ebola-Neuinfektionen oder weitere Übertragungen zu verhindern, sowie von persönlicher Schutzausrüstung für Ersthelfer zu beschleunigen. Der Sicherheitsrat fordert die Mit-

gliedstaaten, insbesondere jene in der Region, auf, die Bereitstellung dieser Hilfe an die am stärksten betroffenen Länder umgehend zu erleichtern.

Der Sicherheitsrat betont, dass aufgrund der dynamischen Bedürfnisse vor Ort in den am stärksten betroffenen Ländern die Reaktion der internationalen Gemeinschaft flexibel bleiben muss, um auf die sich verändernden Bedürfnisse einzugehen und rasch auf neue Ausbrüche zu reagieren.

Der Sicherheitsrat fordert die Mitgliedstaaten sowie Fluggesellschaften und Schifffahrtsunternehmen nachdrücklich auf, während sie die entsprechenden Protokolle im Bereich der öffentlichen Gesundheit anwenden, die Handels- und Transportverbindungen mit den am stärksten betroffenen Ländern aufrechtzuerhalten, um die rasche Nutzbarmachung aller Anstrengungen zur Eindämmung des Ebola-Ausbruchs innerhalb der Region wie auch über ihre Grenzen hinaus zu ermöglichen. Während der Sicherheitsrat anerkennt, welche wichtige Rolle angemessene Kontrollmaßnahmen dabei spielen können, die Ausbreitung des Ausbruchs aufzuhalten, bringt er seine anhaltende Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen der Isolation der betroffenen Länder infolge der für sie verhängten Handels- und Reisebeschränkungen sowie über Diskriminierungshandlungen gegen Staatsangehörige Guineas, Liberias, Malis und Sierra Leones, einschließlich Ebola-Überlebende und ihre Angehörigen oder mit der Krankheit Infizierte, zum Ausdruck.“
